

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

24. Juli 1968 - 59 / 11
Einzelpreis DM 0.75

HEUTE SEITE 4: THEORETISCHE DISKUSSION IM WESTBERLINER RC "VOM RADIKALDEMOKRATISCHEN ZUM ANTIKAPITALISTISCHEN PROTEST" - SEITE 7: MÜNCHENS EX-ASTA-VORSITZENDER POHLE: TERRORJUSTIZ, EINE NEUE MÜNCHNER TAKTIK - SEITE 10: ITALIENS KP-CHEF LONGO ÜBER ARBEITERPARTEI UND STUDENTENBEWEGUNG

SPD-LINKE: "FRITZ TEUFEL IN DIE PARTEI!"

Der Dahlemer "Evangelische Arbeitskreis für eine Reform der SPD" hat die Westberliner Linke aufgerufen, in die SPD einzutreten und sie "zu verändern". In dem Aufruf heißt es: "Ist Fritz Teufel schon Mitglied der SPD? Nein, leider noch nicht! Wären die Kommunisten in der SPD, dann wäre es vielleicht möglich, daß sich die extremistische Rechte und ein anarchistischer Flügel gegenseitig paralyisierten: zum Nutzen eines progressiven Flügels..." Der Arbeitskreis fordert "nicht die Zerschlagung der SPD, sondern eine Aufklärung der Mitglieder über ihre Lage und über ihre Möglichkeiten, langfristig eine politische Änderung herbeiführen" zu können. Durch Bereitschaft zur Kleinarbeit soll "die Mehrheit gewonnen werden", ein "köstlicher Spaß" wäre es sich vorzustellen, wie der (rechtsextreme Landessekretär) Eberhard Hesse in der Neuköllner Abteilung 3 gegen zehn Linke anzukämpfen habe. Westberlins Linke erhält in dem Merkblatt Hinweise über die einzelnen Kreisbüros der SPD und wird darauf aufmerksam gemacht, daß es bei den Jungsozialisten viele Gleichgesinnte gebe: "Sie werden dort viele wiedererkennen, die Sie schon bei Demonstrationen gesehen haben".

ÜBLE NACHREDE: INNENSENATOR NEUBAUER ABGEBLITZT

Die Westberliner Staatsanwaltschaft hat in der vergangenen Woche ein Ermittlungsverfahren gegen den EXTRA-Dienst-Chefredakteur Carl L. Guggomos wegen "übler Nachrede" eingestellt, wie der "Tagesspiegel" am Dienstag exklusiv zu melden wußte. Das Ermittlungsverfahren wurde durch Innensenator Neubauer in Gang gesetzt, der Guggomos zuerst durch eine "Einstweilige Verfügung" verbieten ließ, weiter zu behaupten, er, Neubauer, habe im Zusammenhang mit dem Vietnamkongreß im Februar in einem Gespräch mit Polizeipräsident Moch geäußert, "es käme auf ein paar Tote nicht an". Guggomos hatte Bürgermeister Schütz in einem im EXTRA-Dienst veröffentlichten Brief um unverzügliche Aufklärung in dieser Angelegenheit gebeten - bis heute blieb er freilich ohne Antwort. Die Antwort erteilte Neubauer in Form einer Strafanzeige. Laut "Tagesspiegel" habe die Staatsanwaltschaft nun festgestellt, "daß der Bürgermeister und Innensenator die Äußerung tatsächlich nicht gemacht hat". Die Informantin, die die angebliche Neubauer-Äußerung aus einem Gespräch mit Polizeipräsident Moch erfahren hat, und Guggomos hätten jedoch, nach dem Ermittlungsergebnis, "der Auffassung sein können,

daß ein solcher Satz gefallen sei". Beide, so der "Tagesspiegel", hätten in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Nach § 193 des StGB sind Äußerungen, welche zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht werden, "nur insofern strafbar, als das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Äußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht".

Nach der Einstellung des Strafverfahrens steht jetzt noch eine Privatklage Neubauers gegen Guggomos vor der 8. Zivilkammer des Landgerichts an. Da nach dem Ergebnis der Ermittlungen Polizeipräsident Moch - in einer allerdings nicht geklärten Form - über die angebliche Neubauer-Äußerung berichtet hat, müßte eigentlich Neubauer jetzt gegen seinen Polizeipräsidenten klagen. In diesem Zusammenhang dürfte nicht uninteressant sein, daß die Innenverwaltung Neubauers vor einigen Wochen verlauten ließ, die Neubesetzung des Postens des stellvertretenden Polizeipräsidenten könne erst in Aussicht genommen werden, wenn der Prozeß Neubauer-Guggomos beendet sei. Das konnte nur so verstanden werden, daß Neubauer im Falle einer Nichtverurteilung von Guggomos seinen Polizeipräsidenten aus dem Wege räumen will. Polizeipräsident Moch befindet sich seit einiger Zeit im Krankenhaus. Man sagt in der Innenverwaltung unverhohlen, daß "die beste Lösung, die Geschichte aus der Welt zu schaffen", ein "Rücktritt Mochs aus Gründen angegriffener Gesundheit" sei. Nach dem Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft im Strafverfahren gegen Guggomos darf allerdings bezweifelt werden, ob man "die Sache" so geräuschlos vom Tisch bringt.

DRITTE INSTANZ: "ENTEIGNET SPRINGER" EINE POLITISCHE TAGESFRAGE

Auch in der dritten Instanz ist jetzt ein Urteil des Landesarbeitsgerichts bestätigt worden, demzufolge das Tragen einer "Enteignet-Springer-Plakette" im Betrieb kein Anlaß zu fristloser Entlassung sein darf (EXTRA-Dienst 4/II und 22/II). Die Baufirma Franz Mietsch GmbH, vertreten durch Rechtsanwalt Luster (CDU-Abgeordneter im Stadtparlament), hatte in der Revision geltend gemacht, daß in einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts aus dem Jahre 1954 die fristlose Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes bestätigt worden sei, der durch Flugblätter Wahlpropaganda "für eine bestimmte Partei" gemacht hatte. Das Revisionsgericht hierzu: "Hier hat der Kläger nach den Feststellungen des Landesarbeitsgerichts nur seine Meinung zu einer politischen Tagesfrage kundgetan, nicht aber seine Kollegen zu einer im einzelnen bestimmten Handlung oder auch nur Änderung ihrer Anschauungen aufgerufen." Das Urteil ist mit der Verwerfung der Revision jetzt rechtskräftig.

BÜLGARIEN: FESTIVAL FINDET STATT

Zweckmeldungen westdeutscher und Westberliner Publikationen, so der Springer-"BZ", daß die 9. Weltjugendfestspiele in Sofia "ausfallen" werden, damit es in Sofia nicht zu "Demonstrationen für die CSSR" kommen kann, werden sich nicht bestätigen. Die ersten Delegationen an den Jugendfestspielen sind bereits in der bulgarischen Hauptstadt eingetroffen. Das Vorbereitungskomitee der Festspiele hat die Sozialistische Jugendinternationale IUSY, deren dänischer Generalsekretär Haekkerup mit Hilfe von Geldern des amerikanischen Geheimdienstes CIA in Sofia ein "Gegenfestival" aufziehen wollte, von der Teilnahme ausgeschlossen, die Mitgliedsverbände der IUSY, zu denen beispielsweise die Falken, der SHB und die Jungsozialisten in der SPD gehören, ausdrücklich zum Kommen aufgefordert. Der Bundesvorsitzende der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken -, Klaus Flegel, hat sich von Haekkerups Verhalten nachdrücklich distanziert und angekündigt, daß die Bundesjugendring-Delegation, in deren Rahmen die Falken fahren werden, nach Sofia reisen wird. Flegel erklärte für Falken und Jungsozialisten Vertretern des Sofioter Festspielkomitees: "Jan Haekkerup ist bis zur Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu beurlauben; es ist unverzüglich ein Untersuchungsausschuß zur Überprüfung dieser Beschuldigungen einzusetzen; der umstrittene Brief (in dem Haekkerup über seine Verbindungen zum CIA berichtete und der durch eine Indiskretion bekannt wurde, d. Red.) und alle anderen in diesem Zusammenhang wichtigen Dokumente sind zu veröffentlichen und zwar so rasch wie möglich; die Entsendung einer IUSY-Delegation nach Sofia muß unterbleiben." - In letzter Minute versuchte die Bundesregierung durch die ihr unterstehende "Bundeszentrale für politische Bildung" das Festival als eine

"der Konzeption der Komintern" entsprechende Veranstaltung der "linksradikalen internationalen Jugendbewegung" abzuwerten. Als Autor gewann sie dafür einen "Joseph Scholmer". Es handelt sich dabei um Joseph Schölmerich, der als Kriegsgefangener in Workuta saß und darüber als "Arzt von Stalingrad" einen antikommunistischen und anti-russischen "Tatsachenbericht" verfaßte.

CHINA: KULTURREVOLUTION ADMINISTRATIV BEENDET

Die chinesische KP-Führung versucht, die "Kulturrevolution" administrativ zu beenden: Das Pekinger Revolutionskomitee ermächtigte alle Behörden des Gebietes von Peking und die Leitung von Fabriken, Bergwerken, Schulen und Volkskommunen, Schülern und Studenten, die zur "Kontaktaufnahme" nach Peking kommen, die Gastfreundschaft zu verweigern. Bereits Mitte Mai veröffentlichte das Komitee einen Beschluß, der Reisen "zum Zwecke der Durchführung der Revolution" verbietet. Der neue Beschluß vom 9. Juli widerruft alle erteilten Sondergenehmigungen; er beabsichtigt offenbar, mögliche Konflikte in den Betrieben, Schulen und Volkskommunen zu vermeiden, nachdem verbale Appelle, den bewaffneten Kampf zwischen rivalisierenden Gruppen innerhalb der KPCh zu beenden, erfolglos waren.

KATHOLISCHE OPPOSITION: NACH DER APO JETZT "KAPO"

Auf dem 16. Katholischen Studententag konstituierte sich eine "Katholische außerparlamentarische Opposition", die sich im Sprachgebrauch des Studententages "KAPO" nennt und als "Aktionskomitee Katholischer Studenten" organisierte. Diese Gruppe unterlag bei der Verabschiedung einer Resolution gegen den amerikanischen Kolonialkrieg in Vietnam und bei einer Anti-Notstandsresolution, die sich für scharfe Kritik an den "totalitären Gesetzen unserer Gesellschaft" aussprach. Die Mehrheit zog allerdings mit bei einer Resolution, in der die Katholische Kirche zu einer aktiven Friedenspolitik aufgefordert wurde; weiter wurde in einer Entschließung die Abschaffung der "Manipulation in der Kirchenpresse" gefordert.

PERSONALIEN

FRIED WESEMANN, ehemaliger Propagandachef der Bonner SPD, will nach seiner durch ihn selbst erfolgten Kündigung den SPD-Vorstand auf Auszahlung einer Abfindung verklagen. Informierte Kreise wollen von einer Summe in der Größenordnung von DM 100 000 wissen. Wie EXTRA-Dienst bereits acht Wochen vor der Kündigung berichtete, sah Wesemann keine Basis mehr für eine Zusammenarbeit mit dem Vorstand; dieser habe seine Fürsorgepflicht verletzt und nicht dementiert, als Presseberichte von der Vorstands-Absicht sprachen, man wolle Wesemann entlassen.

STUDIENRAT WILLKOMMEN, Lehrer am Konrad-Heeresbach-Gymnasium in Mettmann bei Düsseldorf, muß mit einem beamtenrechtlichen Disziplinarverfahren rechnen. Willkommen hatte Flugblätter des SDS an seine Schüler verteilt, um sie darüber diskutieren zu lassen.

ROLF JÜRGEN PRIEMER, Vorsitzender der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SJAD), Herbert Lederer, SDS-Bundesvorstandsmitglied, der Journalist Walter Möbius, die Schülerin Marcella Knipping und der Student Gunnar Mathiesen sind wieder außer Strafverfolgung. Am 27. Juni durchwühlte die Politische Polizei ihre Wohnungen in nordrhein-westfälischen Städten und beschlagnahmte vorgefundene Akten und Bücher (darunter die Werke von Karl Marx und Schriften von Prof. Marcuse). Die Akten und Bücher wurden nach Einstellung des Ermittlungsverfahrens "wegen Staatsgefährdung" zurückgebracht. Die SPD-nahe "Westfälische Rundschau" vermerkte dazu: "Nun steht Marx wieder im Regal".

JUSTIZ: ERSTE URTEILE IM FALL GEDÄCHTNISKIRCHE

Wegen Beleidigung von Kirchenbesuchern wurden jetzt zwei Studenten und ein Lehrling verurteilt, die zum Jahresanfang vor der Gedächtniskirche Flugblätter verteilt hatten. In diesen satirisch-provokativen Flugblättern hieß es: "Liebe Protestanten, ihr habt vergessen zu protestieren. Während in Vietnam Kinder in Gelee verwandelt werden, habt

Ihr Brezeln gefressen und die BILD-Zeitung geschluckt..." Die Verteiler wurden von Polizisten auf ein nahes Revier gebracht, in Einzelzellen gesteckt und als "dreckige Schweine" beschimpft. (Siehe EXTRA-Dienst 3/II) Wegen "Gotteslästerung, Religionsbeschimpfung, Verstoß gegen das Berliner Pressegesetz und Beleidigung" wurden auch Hausdurchsuchungen bei den Betroffenen vorgenommen. Zwei Studenten wurden per Strafbefehl zu Geldstrafen verurteilt, gegen die sie Beschwerde eingelegt haben. Ein Lehrling erhielt als Jugendlicher eine "Erziehungsstrafe": Er muß zwei mal acht Stunden lang in einem (nicht evangelischen) Spandauer Altersheim Demut erlernen.

EXTRA-FLUGBLATT IN DER CITY: VOLKSENTSCHEID GEFORDERT

Seit dem vergangenen Wochenende wird am Kurfürstendamm das EXTRA-Flugblatt Nr. 9 (siehe Dokumentation in dieser Ausgabe, Seite 11 und 12) verteilt. Es wendet sich vor allem an westdeutsche Besucher der Stadt. Nach einer stichwortartig angeführten politischen und wirtschaftlichen Konzeption, die die Forderungen der Außerparlamentarischen Opposition hinsichtlich einer modernen Politik für Westberlin wiederholt, wird verlangt: "Sollten die im Abgeordnetenhaus etablierten Parteien sich als unfähig erweisen, diesen Prozeß einzuleiten, müssen sie durch Volksentscheid entmachtet werden. Dann muß ein Senat aus Persönlichkeiten gebildet werden, die den Mut für eine unabhängige Politik aufbringen." Die westdeutschen Besucher werden aufgefordert, mit den Westberlinern über die Vorschläge der Außerparlamentarischen Opposition zu diskutieren.

VERANSTALTUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 24. Juli, 20 Uhr: Zwei junge Dichter, Joachim Schramm und Frank Cuegel, lesen aus ihren Arbeiten.

DONNERSTAG, 25. Juli, 19. 30 Uhr: Konstituierung der Arbeitsgruppe "Winterkampagne" (siehe Dokumentation Seite 4) des Republikanischen Clubs.

HINWEIS DER REDAKTION

DIE UNIVERSITÄT ALS GENOSSENSCHAFT heißt eine Broschüre der Humanistischen Studentenunion, die eine Modellverfassung für eine demokratisch strukturierte Universität enthält. Die Broschüre ist gegen Erstattung der Unkosten (DM 0. 50) bei der HSU-Bundeschäftsstelle in 6 Frankfurt, Bleichstraße 16, zu erhalten.

DIE IG METALL hat in einer Broschüre, die beim Vorstand (6 Frankfurt, Untermainkai 70-76) zu erhalten ist, seine Vorschläge für eine Reform der "Beruflichen Bildung Erwachsener" vorgelegt.

EXTRA-DOKUMENTATION

WINTERKAMPAGNE: 50 JAHRE KONTERREVOLUTION SIND GENUG (I)

An zwei Abenden, am 12. Juli und am 19. Juli, diskutierte man im Republikanischen Club in Westberlin die politische Strategie des RC im Herbst und Winter. Als Vorlage diente ein Konzept des RC-Vorsitzenden Jörg Huffs Schmid und des RC-Mitgliedes Walter Weller: Der 50. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1969 und die seither andauernde konterrevolutionäre Bewegung in Deutschland sollen danach Ausgangspunkt einer Winterkampagne sein, die vom "radikaldemokratischen zum antikapitalistischen Protest" führen soll. Aus der zweitägigen Diskussion, die einen Einblick in den Stand der theoretischen Diskussion im RC gibt, veröffentlicht EXTRA-Dienst in dieser und der Wochenendausgabe wesentliche Auszüge.

WALTER WELLER: Wir sind bei unserem Vorschlag von der Überlegung ausgegangen, daß die Außerparlamentarische Opposition in ihrer Entwicklung jetzt augenscheinlich an einem Wendepunkt angekommen ist. Der bislang wesentlich radikaldemokratische Protest hat die Protestenergien in den gesellschaftlichen Bereichen, wo er vorgetragen wurde, zu einem beträchtlichen Maße ausgeschöpft. In der gegenwärtigen Lage herrscht nun eine große Unsicherheit, wie es weitergeht, wie man die Basis verbreitern kann und wie man strategische Aktionen planen kann. Andererseits gibt es in dieser Unsicherheit doch immer wieder den Versuch, mit einigen griffigen Formeln wie etwa Rätedemokratie et-

was zu antizipieren, was bisher weder theoretisch noch praktisch erarbeitet worden ist. Nun glaube ich, ist in allernächster Zeit notwendig, daß wir versuchen, uns klar darüber zu werden, welche Möglichkeiten der Gedanke der Rätedemokratie und der Arbeiterkontrolle unter den gegenwärtigen spätkapitalistischen Bedingungen haben. Das bedarf einer Reihe theoretischer Vorarbeiten. Wir denken daran, diese Vorarbeiten auszurichten auf eine internationale Konferenz, die im Januar hier in Berlin stattfinden soll und die natürlich einen spezifischen Charakter haben müßte. Auf keinen Fall dürfte es eine Konferenz sein vom Charakter des Vietnam-Kongresses, den im Grunde nur einige wenige Leute vorbereitet haben und der dann auch nur deklamatorischen Charakter hatte. Vielmehr müßte jetzt der Versuch unternommen werden, in den kommenden Monaten die Themen, die in unserem Vorschlag angesprochen wurden, nicht nur in einer Gruppe, sondern in einer Reihe von Gruppen zu bearbeiten und dann auch kontinuierlich im Prozeß der Vorbereitung zu diskutieren. Ich verspreche mir davon, daß im Zuge dieser Arbeit einige Ergebnisse zustandegebracht werden können, die uns in der Beantwortung aller dieser Fragen ein Stück weiterbringen, von denen wir wissen, daß wir sie beantworten müssen, für die wir aber praktisch keine Konzepte haben; etwa in der Frage unseres Verhältnisses zu den kommunistischen und den Arbeiterparteien. Wir werden dann auch die Frage diskutieren müssen, welche Kampagnen und Aktionen wir starten können, nachdem sich die herrschenden Apparate auf unseren Protest eingestellt haben und sehr viel flexibler geworden sind. Das Problem, das mir an diesem Vorschlag zu sein scheint, ist daß der Akzent natürlich auf der theoretischen Arbeit liegt, daß wir mit einem breiten Spektrum von Gruppen in diese Problematik einsteigen, daß aber aus diesem Vorschlag noch nicht eindeutig hervorgeht, wie etwa die Ergebnisse der Diskussion oder der Prozeß dieser Diskussion zurückwirken kann auf unsere Arbeit in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Parteien, und welche Aktionen im Zuge der Vorbereitungen auf diese Konferenz möglich sind. Das müßten wir jetzt diskutieren.

RUDI SCHMIDT: Der Vorschlag zu dieser Kampagne ist eine theoretische Folgerung, die sich logisch ergibt aus der Entwicklung unserer politischen Aktionen der letzten Monate oder der letzten zwei Jahre. Aber diese Folgerung ist nicht verknüpft mit einer vorhergehenden Bestandsaufnahme des politischen Potentials, der Struktur und der Situation, in der sich eben unser politisches Potential zur Zeit befindet. Deshalb können auch diese Vorschläge nur etwas aufgesetzt wirken, weil sie nicht rekurrieren auf das, woyon wir ausgehen können, womit wir rechnen können. Man hat ein bißchen das Gefühl, die Situation ist im Moment so desolat, wir brauchen wieder eine Ausrichtung, wir brauchen wieder eine spektakuläre Sache, da müssen wir uns eben ein bißchen zusammenreißen, dann werden wir alle Kräfte mobilisieren, dann haben wir wieder so einen Kulminations- und Kristallisationspunkt. Der ganze Vorschlag krankt deshalb an einer nicht ausreichend vorgenommenen Vermittlung von Theorie und Praxis. Wir müßten wohl erst einmal auf die Situation in den Basisgruppen, Studentenverbänden und den anderen institutionalisierten Kräftegruppen eingehen, die wir haben.

ULRICH PREUSS: Wir sollten gleich noch einen Unterschied zwischen dem Vietnam-Kongreß und dem hier geplanten Kongreß feststellen: Der Vietnam-Kongress war nichts anderes als der Höhepunkt für eine seit Jahren geführte Aufklärungskampagne an der Universität und in der Stadt. Das war wirklich nichts anderes als eine spektakuläre Demonstration für bereits vorher bewußte und bekannte Ergebnisse von Überlegungen und empirischen Forschungen über das Problem Vietnam. Die Vorbereitung des Vietnam-Kongresses hatte deshalb auch keinen theoretisch organisierenden Effekt, sondern war eine reine, im technischen Sinne verstandene, Organisationsarbeit, um eben 20 000 Menschen zusammenzubekommen. Der hier geplante Kongreß soll sich davon unterscheiden, und zwar insofern, als mit der Möglichkeit der Aufarbeitung von 50 Jahren Geschichte so etwas wie eine politische Gegenöffentlichkeit verlangt wird. Das bedeutet zunächst einmal auch die Schaffung eines wissenschaftlich-politischen Gegengewichts gegen die herrschende Geschichtsschreibung, die ja das Problem Luxemburg, Liebknecht, Arbeiterdemokratie, Rätedemokratie usw. systematisch unterschlagen hat. Zweitens aber findet im Zusammenhang dieser Aufhellung des politischen Prozesses der letzten 50 Jahre gleichzeitig auch die systematische Reflexion über die Organisation dieser Gegenöffentlichkeit als

politische Organisation statt, die sozusagen eine Gegenstruktur gegen die herrschenden Machtstrukturen darstellen könnte. Nicht nur akademische neue Geschichtsschreibung also, sondern auch der gleichzeitige Versuch, hieraus praktisch-politische, organisatorische Konsequenzen zu ziehen mit dem Ziel, Gegenstrukturen zu entwickeln, Ich glaube, daß die Stagnation der letzten Zeit auch daher rührt, daß vielleicht auch viele der Meinung gewesen waren, durch die Springer-Aktion und andere Aktionen könnte man unmittelbar die revolutionäre Situation herbeiführen und dadurch auch unmittelbar große politische Erfolge erzielen. Diese Illusion darf meiner Meinung nach dem Kongreß nicht zu grundliegen. Man sollte sich stattdessen mit dem relativ kurz gesteckten Ziel begnügen, eine Gegenstruktur politischer Art zu konstituieren, um für eine Zwischenphase einer relativen Stagnation in politischen Angelegenheiten, wie sie sich in den nächsten zwei, drei Jahren einstellen könnte, gerüstet zu sein und die organisatorischen Vorbereitungen für spätere Auseinandersetzungen zu schaffen. Eine Massendemonstration kann dabei nur der Nebeneffekt sein. Es könnte nicht das Ziel einer solchen Kampagne sein zu zeigen, daß es zwanzigtausend Berliner gibt, die sich des 50. Todestages von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erinnern, weil dabei keine Vermittlung zu den praktischen Aufgaben oppositioneller Gruppen in Berlin hergestellt würde. Das würde ein völlig folgenloser Massenaufstand sein, wie er ja von den kommunistischen Parteien her sattem bekannt ist - denken wir an Frankreich oder Italien.

UNGER: Die Veranstaltung würde dann aber zwangsläufig in zwei parallelen Spuren laufen. Einmal der Blick auf die große Massenkundgebung, und andererseits auf die wissenschaftliche Arbeit. Wie soll man das beides miteinander vereinbaren? Ganz konkret.

PREUSS: Das ist sicherlich ein Problem, allerdings nicht so, wie Sie es formuliert haben. Denn für mich ist nicht die Abschlußkundgebung entscheidend, sondern der Prozeß der Vorbereitung. Es geht dabei ja nicht um die Aufarbeitung von 50 Jahren Geschichte durch ein Team von fünf Universitätsassistenten, sondern das bedeutet ja die praktisch-politische Aufarbeitung durch die Basisgruppen und die Verbände, die das mit ihrer eigenen politischen Praxis verbinden. Diese praktisch-politische und theoretische Arbeit, wie sie ja auch schon in der kritischen Universität programmatisch niedergelegt ist, das scheint mir das Entscheidende zu sein.

SCHMIDT: Ich gehe davon aus, daß die Frustration, die wir konstatieren, die sich ausdrückt in der seit einiger Zeit zu beobachtenden Stagnation, ihren Grund hat in einem Theoriedefizit, das sich in dem Moment auswirkt, wo Impulse für Aktionen nicht mehr in dem Maße von außen kommen, wo bestimmte kontroverse Situationen der Gesellschaft - die besonders bildlich, besonders unmittelbar einsehbar sind, verdeckter werden, oder deren kontroverse Ausstrahlungskraft durch verschiedene Umstände abnimmt. Dann muß die Aktivität aus den politischen Gruppen selbst hervorgehen mit jeweils neu artikulierter, theoretischer Zielsetzung. In diesem Moment erweist sich dann, daß sich - wenn die theoretische Erhellung von dem, was zu tun sei, nur unzureichend vorgenommen worden ist - eine gewisse Rat- und Hilflosigkeit einstellt. Dann muß durchaus eine gewisse Phase der Reflexion einsetzen. Insofern sehe ich den Vorzug dieses Vorschlages darin, daß man sich in den verschiedenen Gruppen daranmachen kann, dieses Theoriedefizit aufzuarbeiten, besonders in den neugegründeten Basisgruppen. Nur muß das parallel gehen mit der Analyse und der Bewertung parallel laufender wichtiger praktischer Aktivitäten, die lokal und überregional vorgetragen werden, denn die Perspektive "Fünfzig Jahre Konterrevolution sind genug" ist zu breit, als daß man das allein als Motto genügen lassen könnte, ohne es mit konkreteren Inhalten zu füllen. Einen Ansatzpunkt dazu sehe ich in einigen konkreten Vorschlägen, die Weller und Huffs Schmid schon gemacht haben, den Veranstaltungen zur Betriebsdemokratie, zur Rolle der SPD in der Arbeiterbewegung, zur Grundstücksspekulation usw. Das umfaßt ja die Aktivitäten, die bisher schon von den Basisgruppen geleistet worden sind. Insofern wird dann die regionale Arbeit unter ein zentrales, perspektivisches Motto gestellt, so daß hier die konkrete, lokale Arbeit mit einer historisch übergeordneten Perspektive versehen wird. Dabei wird dann auch die Koordination möglich, die der Gefahr einer Provinzialisierung der Basisgruppen in Spezialproblemen und in Sozialfürsorge entgegentritt. Wenn das die entscheidende Zielrichtung ist, wäre das eine Perspektive, die durchaus Erfolg verspricht.

HUFFSCHMID: Es hat sich in dieser Diskussion jetzt doch herausgestellt, daß nicht die akademische Aufarbeitung der Geschichte gemeint ist, sondern zugleich die Kommunikation dieser Vorbereitungen mit dem, was bereits praktisch in den Gruppen geschieht. Damit ist die Frage nach dem Potential in gewisser Weise schon positiv beantwortet. Es ist ja so, daß uns zwar die Aktivitäten der letzten zwei Jahre durch äußere Anlässe diktiert wurden; in der Verarbeitung dieser Anlässe haben wir aber selber inzwischen ein gewisses Selbstverständnis gewonnen, das sich nicht mehr auf diese Anlässe beschränkt. Wir haben die zugrundeliegenden Strukturen, die diese Anlässe produziert haben, systematisiert und dabei gesehen, daß diese nicht in Vietnam lagen und nicht in der politischen Kategorie Notstandsgesetze, sondern tatsächlich in den sozialökonomischen Machtstrukturen. Und in dieser Richtung arbeiten jetzt erstens die Basisgruppen und theoretisieren zweitens fast alle theoretischen Gruppen der APO. Es gibt also kaum noch Verbände, die sich in Analysen in rein politologischen Kategorien ergeben, sondern es wird doch in allen Gruppen diskutiert über die Produktion eben dieser Verhältnisse durch das kapitalistische System. Wenn wir das aber festgestellt haben, dann sind die Chancen doch denkbar gut, daß man die Verbindung dieser beiden Typen von Gruppen - Basisgruppen und theoretisierendes Gruppen, Überbaugruppen sozusagen - in dieser inhaltlichen Problematik, auf die beide gekommen sind, optimal herstellen können.

WELLER: Ein anderer Vorzug ist, daß die ideologische Debatte, die man mit der Vorbereitung eines solchen Themas in der APO anzettelt, dazu führen kann, daß innerhalb der einzelnen Gruppen, die mit solchen Ausarbeitungen beschäftigt sind, ein stärkeres Verständnis dafür eintritt, ob nun eine recht diffuse Gruppierung, eine recht dezentralisierte Struktur der APO gut ist, oder ob sie nicht häufig auch die Funktion hat, daß sie etwa den revisionistischen kommunistischen Fraktionen das Spiel erleichtert, die ja sehr zufrieden sind mit diesem sehr diffusen Charakter der APO. Vielleicht machen wir dann Schluß mit einer spezifischen Erscheinung innerhalb der APO, die dadurch entstanden ist, daß wir so häufig gezwungen waren nur zu reagieren, nämlich mit der permanenten Unterschätzung grundsätzlicher historisch-theoretischer, ideologischer Debatten.

HUFFSCHMID: Ich glaube nicht, daß es so einfach sein wird, aus diesem gemeinsamen Thema schon ein Organisationsmodell zu entwickeln, das alle Gruppen, die dieses Thema verfolgen, vereinigen wird. Ich glaube, das Organisationsmodell wird sich doch erst in einem längeren Prozeß herstellen lassen. Ein Prozeß, an dessen Anfang zunächst einmal doch die Herstellung einer besseren Kommunikation stehen müßte. Das halte ich für durchführbar. In dieser Kommunikation, die gleichzeitig die theoretischen und praktischen Erfahrungen der einzelnen Gruppen vermittelt, wird es dann darauf hinauslaufen, daß eine Art Konsensus entstehen muß, daß es - will man wirklich diese antikapitalistische Opposition in ein weiteres Stadium überführen - nicht ausreicht, einerseits rein praktische Arbeit an der Basis zu leisten, andererseits aber auch nicht ausreicht, ständig in der Universität oder in der Hasenheide oder wo immer Zentralveranstaltungen zu machen, die irgendein Thema zum Gegenstand haben. Will man diese Opposition wirklich gezielt und mit Aussicht auf Gegenöffentlichkeit fortführen, dann wird es nötig sein, gerade dieses Verhältnis von praktischer Arbeit und Zentralkampagne so zu fassen, daß es sich gegenseitig ergänzt; daß also ganz bestimmte Dinge von Zentralkampagnen vorgebracht und von den Basisgruppen vertieft werden oder umgekehrt. Und aus dieser Korrespondenz zwischen praktischer Basisarbeit und theoretischer Aufarbeitung liegt die Chance für ein Organisationsmodell, wenn sich die Notwendigkeit dieser Korrespondenz erst einmal durch eine funktionierende Kommunikation zwischen den praktischen und theoretischen Gruppen selbst bewiesen hat.

EXTRA-DOKUMENTATION

ROLF POHLE: TERRORJUSTIZ STATT POLIZEI-TERROR IN MÜNCHEN

Der frühere Münchener AStA-Vorsitzende Rolf Pohle sprach auf einer Veranstaltung am 11. Juli in der Freien Universität über die jüngsten Urteile der Münchener Justiz gegen Demonstranten. EXTRA-Dienst dokumentiert im folgenden seine Ausführungen. Rolf Pohle ist z. Z. für die Rechtshilfe der Außerparlamentarischen Opposition in München tätig:

"Zum Verständnis des Folgenden ist es notwendig, die Ehrenliste der Strafen zu kennen, die bisher von der Münchener Justiz gegen Demonstranten verhängt wurden. Sie umfaßt unter anderem die Urteile gegen Wetter - 1 Jahr Gefängnis ohne Bewährung; Koderer - 9 Monate ohne Bewährung; Schmitz-Benda - 8 Monate ohne Bewährung; Aschenbrenner - 4 Monate ohne Bewährung; Schlemper - 4 Monate mit Bewährung; Kohlkammer - 4 Monate mit Bewährung; und weitere zehn Urteile mit Strafen von 3 Monaten bis zu Geldstrafen. Dazu kommen noch zehn Urteile über 4 - 6 Wochen Gefängnis auf Bewährung. Diese Urteile betreffen nicht die Oster-Ereignisse, die bisher nur zu dem bekannten Schnellgerichtsurteil über 7 Monate ohne Bewährung geführt haben. Jedoch sind von den etwa 300 Verfahren, die wegen der Oster-Ereignisse laufen, in München etwa 150 anhängig. Wenn man das Ausmaß der Auseinandersetzungen in München mit dem in anderen Städten vergleicht, bedarf dieses Verhältnis ebenso einer Erklärung wie die zitierten Terrorurteile. Warum war das gerade in München möglich?

Nach den Schwabinger Krawallen hatte die Polizei eingesehen, daß der militärische Einsatz paramilitärisch ausgebildeter Polizisten wegen des negativen Eindrucks auf die Bevölkerung nur als äußerste Notmaßnahme gelten kann, die in München nur noch beim Schah-Besuch und bei der Verabschiedung der Notstandsgesetze zur Anwendung kam. Die direkte und indirekte Anwendung von staatlicher Gewalt wird stattdessen in zunehmende Maß auf die Justiz verlagert - direkte Gewaltanwendung durch Strafen ohne Bewährung, indirekte durch Strafen mit Bewährung; wenn noch einmal etwas passiert, muß die Strafe nachgesessen werden.

Ich glaube, daß diese Entwicklung, Gewaltmaßnahmen durch die Justiz statt durch die Polizei zu verüben, in allen Städten auftreten wird, wo eine wirksame Außerparlamentarische Opposition besteht oder im Entstehen ist. Die Vorteile dieses Vorgehens für die Herrschenden liegen meiner Meinung nach in folgenden Punkten:

Erstens, das Hauptmachtmittel der Abhängigen, die demokratische Öffentlichkeit, die demokratische Aktion, ist beim gegenwärtigen Justizverfahren kaum anwendbar; die einzelnen Demonstranten werden in Einzelverfahren abgeurteilt. Dabei herrscht nur Scheinöffentlichkeit. Die Demokraten, die der Verhandlung beiwohnen, werden hinausgegrault durch ständiges Aufstehen- und Setzenmüssen, durch die unerträglich autoritäre Atmosphäre: Man darf nicht mitschreiben beispielsweise, sonst wird man in München rausgeworfen, man darf nicht Zeitung lesen. Stattdessen werden in die spärlich vorhandenen Sitzreihen in den Gerichtssälen Polizisten in Zivil hineingeschickt, sodaß häufig etwa die Hälfte der zehn bis zwanzig Sitzplätze mit Polizei belegt sind. Der leiseste Laut eines Zuschauers führt zum Ausschluß.

Der zweite Punkt, warum die Justiz zur Gewaltanwendung gegen Demonstranten besser geeignet ist als der direkte Polizeieinsatz, liegt in Folgendem: Die Solidarisierung der Öffentlichkeit und der Studentenschaft ist schwierig, weil der konkrete Anlaß der Auseinandersetzung nicht mehr so im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist - die Prozesse hinken nach -, und weil nur das Verhalten eines Einzelnen zur Debatte steht, nicht aber die politische Auseinandersetzung, aus der heraus die Handlungen der Demonstranten und damit auch der Einzelnen geschehen sind, Prozeßstoff wird. Daraus resultiert, daß man beispielsweise in Berlin Fritz Teufel erst drei Monate in Untersuchungshaft lassen mußte, bevor wirklich Massenaktionen möglich waren. Auch in München ist es, trotz der Terrorurteile, außerordentlich schwer, die Studenten dafür zu interessieren.

Der dritte Punkt: Die Justiz ist von der Herkunft wie auch von der sozialen Lage ihrer Angehörigen her der Hort des reaktionären, finanziell heruntergekommenen Bürgertums, das nach dem bekannten Radfahrer-Modell seine Abhängigkeit von den Herrschenden durch würdevolles Auftreten bzw. durch würdevolles Treten auf die Beherrschten zu kaschieren versucht. Die Aufrechterhaltung der Scheinöffentlichkeit mit den entsprechenden Würde-Vorschriften gibt dabei ein ebensolches Alibi ab, gemäß den Interessen der herrschenden Minderheit zu handeln, wie die Freiheit von Forschung und Lehre, die die Professoren gegen Assistenten und Studenten in Anspruch nehmen, oder wie die angeblich freie Gewissensentscheidung der Abgeordneten im Parlament. Beispiel für das reaktionäre Bewußtsein der Richter können Zitate aus den letzten Urteilen in München sein. Im

Urteil gegen Becker, der ein Jahr Gefängnis ohne Bewährung erhielt, heißt es beispielsweise: "Der Angeklagte hat hierzu ganz genau gewußt, daß seine Form, seine Meinung zu äußern, nur von einer Minderheit in Deutschland anerkannt wird. Das Gericht ist deshalb überzeugt, daß er sich dessen bewußt war, er dürfe sich nicht über die Rechte anderer und die staatliche Ordnung hinwegsetzen." Becker hat verschiedene Straftatbestände erfüllt. Er hat am 8. 5. letzten Jahres, weil eine Demonstration nicht vor dem Amerikahaus, sondern nur 100 m entfernt genehmigt war, seinem Protest gegen diese Versagung der Demonstration vor dem Amerikahaus dadurch Ausdruck gegeben, daß er 10 bis 15 Minuten auf der Von-der-Tann-Straße gesessen hat und den fließenden Verkehr dadurch behindert hat. Er hat weiterhin nach einer Aktion der 'Demokratischen Aktion' am 31. Januar dieses Jahres einen Zug zum griechischen Konsulat mitgemacht, das innerhalb der Bannmeile des Münchener Parlaments liegt. Entscheidend für das eine Jahr Gefängnis bei ihm dürfte sein, daß er laut Anklage mit einem Stein ein Fenster des griechischen Generalkonsulats eingeworfen hat. Als nächstes hat er, um gegen die ständige Anwesenheit der Polizei in der Universität zu demonstrieren, sich in Polizeiuniform mit fünf anderen Leuten in die Vorlesungen gestellt. Das sind also die Tatbestände, die zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung geführt haben.

Weitere Zitate aus Münchener Urteilen: "Den Angeklagten Koderer und Aschenbrenner" - Das betrifft ebenfalls den Vorfall, als Studenten in Polizeiuniform die Vorlesungen besuchten und trotz Aufforderung durch den Professor den Saal nicht verließen - "konnte die ergangene Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt werden, da sie keine Gewähr für künftiges Wohlverhalten bieten. Der Angeklagte Aschenbrenner hat in seinem letzten Wort erklärt, daß er bis zum Sieg weiterkämpfen werde. Der Angeklagte Koderer hat als Beruf 'Revolutionär' angegeben. Bei seiner Einstellung kann nicht erwartet werden, daß er sich in Zukunft straffrei führen wird." Ein ganz decouvrierendes Zitat aus einem Urteil vom 10. Februar dieses Jahres von einem Amtsgerichtsrat Hoffmann: "Bei dem Angeklagten handelt es sich nicht um einen Überzeugungstäter. Er hat sich nie mit den Vorstellungen und Zielen des SDS indentifiziert, sondern sich sofort davon distanziert, als er merkte, welche Ziele diese Organisation verfolgte. Der Angeklagte ist noch sehr jung und bemüht sich, den rechten Weg zu finden. Aufgrund seines Alters ist er noch nicht völlig ausgereift. Weiterhin würde in diesem Urteil die Tatsache, daß er sich von den Vorstellungen und Zielen linksradikaler Organisationen distanziert hat, als strafmildernd bewertet." Diese Zitate weisen die Übereinstimmung des Bewußtseins der Richter mit dem der manipulierten Öffentlichkeitsmeinung auf.

Der vierte Punkt, den ich erwähnen wollte, ist, daß die Justiz sich in den Verfahren gegen Demonstranten auf Gesetzesvorschriften stützt, die aus dem Obrigkeitsstaat von anno dazumal stammen. Sie werden seit Jahrzehnten als Hauptkampfmittel gegen demokratische Organisationen gebraucht und je nach der Stärke der demokratischen Organisationen verschärft ausgelegt. Der Ursprung, z. B. des Auflauf-Tatbestandes stammt beinahe wörtlich, bis auf eine Formulierung, von 1789. Es läßt sich nachweisen, daß direkt 1789, dann nach 1848, später im Zuge der Sozialistengesetze immer eine Verschärfung dieser Straftatbestände stattgefunden hat. Die spürbarste Verschärfung kam natürlich zu Ende der Weimarer Republik und in den folgenden Jahren. Diese Rechtsprechung und diese Gesetze werden heute ohne Kritik von der wissenschaftlichen Literatur und von den Richtern zum Maßstab genommen, eine Abwägung an irgendwelchen Grundrechten findet nicht statt. Schon allein die Sprache spricht Bände. In § 110 des Strafgesetzbuches steht heute noch drin: "Wer zu Ungehorsam gegen Anordnungen der Obrigkeit aufruft", und es werden weiterhin die bekannten Begriffe "Zusammenrottung" und "Menschenmenge" verwendet. Daraus resultieren dann die einzelnen Urteile: Wenn also z. B. Schmitz-Benda an das griechische Generalkonsulat die Zahl 114 sprüht, so bekommt er acht Monate Gefängnis ohne Bewährung wegen Aufruhr, erschwerten Landfriedensbruchs, Verletzung der Bannmeile, Sachbeschädigung. Das ist dann der Gesetzeskatalog. In der Revisionsverhandlung gegen Koderer wurde gesagt, das zehnmünütige Sitzen auf der Straße habe den Verkehr behindert, das stelle Gewalt gegen Sachen dar und sei deshalb erschwerter Landfriedensbruch. Nur weil Koderer selbst Berufung eingelegt hatte und nicht die Staatsanwaltschaft, blieb das Gericht bei der Strafe von 5 Monaten Gefängnis, sonst hätte die Mindeststrafe sechs Monate Gefängnis gelautet."

LUIGI LONGO: ÜBER STUDENTENBEWEGUNG UND KOMMUNISTEN

Der Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei, Luigi Longo, machte in der italienischen Zeitschrift "Rinascita" den Versuch einer neuen Standortbestimmung der Kommunistischen Partei gegenüber der Studentenbewegung. Nach solchen Versuchen seitens der SED Westberlin und der SED der DDR ist dies die erste Aufarbeitung einer der großen traditionellen kommunistischen Parteien, die sich ernsthaft mit den Schwierigkeiten auseinandersetzt, die zwischen Arbeiterparteien einerseits und Studentenbewegung andererseits entstanden sind. EXTRA-Dienst veröffentlicht einen wesentlichen Auszug aus dem Longo-Artikel.

„Die Studentenbewegung kann nicht einfach als Bewegung einer Interessengruppe betrachtet werden. Ihre Forderungen beziehen sich zwar auch auf Fragen der Hochschul- und Studienreform, sie müssen aber als Aspekte der allgemeinen Problematik der Gesellschaft angesehen werden, das heißt als Kampf gegen das autoritäre System des Unterrichtswesens und des Kapitalismus im allgemeinen, für die Errichtung einer neuen Gesellschaft und die Herstellung neuer Beziehungen zwischen Gesellschaft und Wissenschaft, Kultur und Kunst. Aus dieser Konzeption ergibt sich für die Studentenbewegung die Notwendigkeit, sich mit dem Problem der Beziehungen zu den anderen gesellschaftlichen Kräften zu beschäftigen, die für das gleiche Ziel kämpfen oder kämpfen könnten. Und so stößt ihre Bewegung auf die Gesamproblematik der revolutionären Bewegung, zu deren Teil sie wird.

Auf einem unserer letzten Parteitage bezeichneten wir in einem Schlußdokument die fortschrittlichen Intellektuellen als eine treibende Kraft der italienischen Revolution. Es ist klar, daß aus den Studenten die neue Generation der fortschrittlichen Intellektuellen hervorgeht, und die Breite, die Kraft, der Schwung der gegenwärtigen Bewegung sind ein Versprechen in diesem Sinne.

Unsere kommunistischen Studenten zeigten am Beginn der Bewegung eine gewisse Unsicherheit... 'Wir befanden uns', sagten sie mir, 'in einer äußerst kritischen Situation innerhalb der Studentenbewegung. Wir waren gewohnt, uns innerhalb der Grenzen der institutionellen Kräfte zu bewegen und unseren Kampf auf den Boden der Universität zu beschränken; wir waren daher nicht sofort in der Lage, die Bewegung, die zunehmend politischen Charakter annahm, richtig einzuschätzen...' Die Genossen gestehen, daß sie sich im Zustand der Isolierung und Verwirrung befanden. Sie mußten sich mit Fragen beschäftigen, mit denen sie sich im Rahmen der Partei niemals auseinandergesetzt hatten: 'Wir führten unsere Verlegenheit auf eine gewisse Abnützung des Parteilebens zurück, auf ungenügende Information über bestimmte Ereignisse (wie zum Beispiel die Kulturrevolution in China, die kubanische Revolution, die revolutionäre Bewegung in Lateinamerika). Vietnam wurde uns nur als Kampfziel der Friedenskräfte, als Bestätigung der humanistischen Prinzipien — der Verteidigung der Schwachen gegen den Starken — hingestellt. Wir haben nie darüber gesprochen, wie eine Revolution verwirklicht wird, die schon 40 Jahre andauert; welche geistige, organisatorische und politische Leistung, welcher Kern entscheidender Kräfte hinter den Erfolgen der vietnamesischen Genossen steht.' Die kommunistischen Studenten haben durchaus nicht die Absicht, die revolutionären Methoden, die von China, Kuba oder Vietnam kommen, einfach zu übernehmen, sie wollen sich mit ihnen auseinandersetzen. Sie hielten

es für notwendig, sich die Erfahrungen der internationalen und revolutionären Arbeiterbewegung anzueignen, um zu verstehen, was in der Welt vorgeht, welche Bewegungen und Orientierungen sich abzeichnen und um aus ihnen jene Elemente herauszuholen, die für unsere geistige und politische Entwicklung und für unsere praktische Arbeit wertvoll sind.

Ich glaube, daß wir den Schwierigkeiten unserer kommunistischen Studenten große Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Sie sind zweifellos ein Ausdruck unserer Fehler und Unzulänglichkeiten, die überwunden werden müssen. Man kann nicht leugnen, daß zwischen der Partei, ihrer Haltung, ihrer Tätigkeit auf der Universität und der politischen und organisatorischen Wirklichkeit der Studentenbewegung und besonders ihrem 'aktivsten' und dynamischsten Teil eine Kluft bestand. Die Gärungsprozesse auf der Universität sind sehr verspätet in den Interessenkreis unserer Genossen und unserer Organisationen getreten. Warum?

Ohne jetzt eine tiefere Analyse vornehmen zu wollen, läßt sich sagen, daß der Wunsch, die Partei gegen Angriffe auf ihre Einheit und Geschlossenheit zu schützen, unsere Genossen in eine starre Verteidigungsposition gedrängt hat, so daß sie der Haltung und den Argumenten der anderen kein Verständnis entgegenbrachten und sich auch nicht mit ihnen auseinandersetzten... Diese bedauernde Kluft wurde durch die bürokratische Schwerfälligkeit und eine gewisse Routine unserer Parteiorganisationen, sowohl an der Spitze wie auch in den unteren Formationen, noch verstärkt; das hinderte uns oft daran, das Neue in der Wirklichkeit rechtzeitig zu erkennen und in unserer theoretischen, propagandistischen und praktischen Tätigkeit zu berücksichtigen. Das sind Fehler, die wir mit allen Mitteln und um jeden Preis überwinden müssen...

... So wie das Problem der Beziehung zwischen Studentenbewegung und Arbeiterklasse, steht auch die Beziehung zwischen Studentenbewegung und Partei zur Diskussion; nicht im Sinne einer Unterordnung oder Integration der einen oder der anderen und auch nicht einer Gegenüberstellung oder Konkurrenz zwischen ihnen, sondern im Sinne von Zusammenarbeit und Verständigung in der Aktion. Wir anerkennen, daß die Studentenbewegung autonom sein muß, daß diese Autonomie jene Formen annimmt, die ihren Erfordernissen und ihrer Reife am besten entspricht, aber wir stellen fest, daß sie sich nicht in Gegensatz zur Arbeiterbewegung und ihren stärksten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stellen darf, will sie nicht zu einem Instrument der Spaltung der Arbeiterbewegung und letzten Endes zu einem Instrument der Integration der Arbeiterbewegung in das System werden...

OPPOSITION

Flugblatt Nr. 9
Juli/August 1968

AN DIE BESUCHER WESTBERLINS:

Sie, verehrte "Berlin-Reisende", befinden sich gegenwärtig in einer beruhigten Stadt. Ihnen wird leider der Kitzel einer Straßenschlacht am Kurfürstendamm entgehen - denn die Studenten und viele junge Arbeiter Westberlins machen Urlaub. Die Obrigkeit ist deshalb wieder obenauf: in aller Eile werden Strafverfahren gegen rechtsradikale Elemente, Prügelperser und -polizisten "eingestellt", nachdem sie zwölf und mehr Monate lang verschleppt worden waren. Und schnell werden nun auch noch die Strafverfahren gegen Linke abgespult. Man wähnt sich sicher vor Protesten, denn die Studenten sind nicht in der Stadt.

Amüsieren Sie sich dennoch gut. Aber lassen Sie sich nicht von der amtlichen Touristen-Propaganda einlullen. Versuchen Sie sich darüber Klarheit zu verschaffen, in welche Stadt Sie gekommen sind:

- In jene Stadt, mit der internationale Abenteurer anderthalb Jahrzehnte lang Druck auf die Russen ausüben sich abmühten. Erreicht haben sie, daß Deutschland ein für allemal gespalten wurde, daß vernünftige Kompromisse in der Deutschlandpolitik verhindert wurden und daß Westberlin - das Glitzerding aus Beton, Stahl und Glas - als eine sterbende Stadt bezeichnet wird.
- In jene Stadt, in der heute drittrangige Politiker als Nachlaßverwalter der Adenauer-Ära agieren, in der eine Majorität von Rentnern immer noch verhindert, daß die junge Generation für Westberlin einen neuen Weg zwischen Ost und West sucht und der Stadt damit die Lebensfähigkeit zurückgewinnt.

Schauen Sie auf diese Stadt:

- Immer mehr Westberliner - bald ein Viertel - sind Altersrentner. Immer mehr junge Westberliner wandern ab. Immer weniger junge Westdeutsche wandern zu. In fünfzehn Jahren wird Westberlin um etwa 400 000 Einwohner geschrumpft sein. Wenn sich noch ein paar politische Krisen ereignen, sicherlich auch schon früher.
- Immer weniger Kapital fließt nach Westberlin. Immer weniger moderne Arbeitsplätze werden geschaffen. Die vorhandenen, die gesamte Industriestruktur überaltern immer mehr. Während 1968 in Westdeutschland die Industrie-Investitionen um 7 Prozent steigen werden, gehen sie in Westberlin um 13 Prozent zurück. Folgende Summen wurden in den letzten drei Jahren in der Westberliner Industrie investiert:
1966 = 707 Mill. DM, 1967 = 553 Mill. DM, 1968 = 480 Mill. DM (geplant).

Da helfen weder politische Beruhigungsreden noch verschwenderische Subventionen aus der Staatskasse. Da hilft auch nicht, daß man unsere Forderung nach dem Aufbau einer gemeinwirtschaftlichen Industrie umfälscht und nun auf einmal staatliche "Regiebetriebe" schaffen will, die privaten Unternehmern für einen Pappentrost "vermietet" werden sollen. Wenn der Staat das Geld hat, moderne Wachstumsindustrien in Westberlin zu schaffen, wenn inzwischen auch die Ideologien der "freien Marktwirtschaft" zugeben müssen, daß ihr System in Westberlin versagt, warum werden die neuzuschaffenden Betriebe dann nicht in die Selbstverwaltung derer gegeben, die in ihnen arbeiten? Weshalb diese monströsen Geschenke an Kapitalisten, die ihr eigenes Geld nicht riskieren wollen?

Westberlins Lebensfähigkeit kann zunächst allein durch die Minderung des politischen Risikos, das diese Stadt umgibt, hergestellt werden. Dies bedeutet ein radikal neues Arrangement Westberlins mit dem Osten bei Sicherung der natürlichen Funktionsverbindungen der Stadt mit der Bundesrepublik:

- Westberlin darf nicht als Teil der Bundesrepublik mißbraucht werden. Westberlin war noch nie ein Bundesland und wird nach dem erklärten Willen der drei Besatzungsmächte auch nie eines werden können. Westberlins besonderer Status muß endlich von allen Seiten offiziell anerkannt und ohne Winkelzüge respektiert werden.
- Die DDR, durch die alle Wege nach Westberlin führen (auch die Luftwege), muß als eigenständiges Völkerrechtssubjekt anerkannt werden. Der Westberliner Senat muß einen ständigen Bevollmächtigten am Sitz der Ostberliner Regierung akkreditieren lassen. Es gibt keine dauerhafte Besserung der Westberliner Situation ohne DDR-Anerkennung.
- Westberlins Sicherheit und seine Zugangswege müssen durch die beiden deutschen Staaten, durch die vier Großmächte und durch die UNO garantiert werden.
- Qualifizierte Vertreter Westberlins müssen mit den wirtschaftlichen Planungs-Institutionen der DDR und aller anderen Ostblockstaaten Kontakte aufnehmen und langfristige Kooperationspläne für die Westberliner Industrie ausarbeiten. Westberlins Industriestruktur ist gezielt auf die kommenden Bedürfnisse des östlichen Marktes auszurichten.

Sollten die im Abgeordnetenhaus etablierten Parteien sich als unfähig erweisen, diesen Prozeß einzuleiten, müssen sie durch einen Volksentscheid politisch entmachtet werden.

Dann muß ein Senat aus Persönlichkeiten gebildet werden, die den Mut für eine unabhängige Politik aufbringen.

Helfen Sie, verehrte Gäste, diesen Umdenkungsprozeß im Interesse von (noch) 2,18 Millionen Westberlinern voranzutreiben, aber auch im Interesse der Bundesrepublik, deren politische Bewegungsfreiheit durch das erstarrte Westberlin-Problem eingekellt ist. Diskutieren Sie diese Fragen hier in Westberlin und auch bei sich zu Hause.

Verantwortlich: Carl L. Guggomos. Regelmäßige Informationen über die Außerparlamentarische Opposition erhalten Sie durch den zweimal wöchentlich erscheinenden "Berliner EXTRA-Dienst" über seinen Verlag in Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 883 40 74. Monatlicher Abonnementspreis einschl. Porto: 5 DM.